EUROPA

Neue Macht

Eine ganze Serie von Streitereien mit dem Europäischen Parlament steht den Innenministern der EU bevor. Die Volksvertretung hat seit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags am 1. Dezember ein Mitspracherecht bei der Innen- und Sicherheitspolitik. Als Erstes wollen die Abgeordneten aller großen Parteien das Swift-Abkommen zu Fall bringen. Darin hatten Washington und die EU-Regierungen ausgehandelt, wie künftig Bankdaten ausgetauscht werden, um verdächtige Geldbewegungen von Terroristen verfolgen zu können. Für eine wirksame Ablehnung des Abkommens muss sich am 10. Februar eine absolute Mehrheit im EU-Parlament dagegen aussprechen. Die USA hätten dann vorerst keinen Zugriff mehr auf die Server des belgischen Finanzdienstleisters Swift. Über die werden nahezu alle europäischen Transaktionen abgewickelt. Washington und die EU-Innenminister warnen vor einer gefährlichen „Sicherheitslücke“. Europas Parlamentarier wehren sich auch dagegen, sogenannte Nacktscanner auf Flughäfen einzuführen und die Daten von Fluggästen zur Rasterfahndung zu speichern. Ferner stören sich die Abgeordneten des EU-Parlaments an einem von der Kommission bezahlten Forschungsprojekt zur Überwachung auf Straßen oder Bahnhöfen. Es soll herausgefunden werden, ob künftig in technisch aufwendigen Verfahren sogar „abnormales Verhalten“ oder eine „drohende Mimik“ erfasst und gespeichert werden können.

HAMDI GÖKBULUT / TUERGER PRESS

Abtransport eines Schülers mit Methanolvergiftung 2009

TÜRKEI

Tod aus der Flasche

Drei Schüler aus Lübeck könnten womöglich noch leben, wenn türkische Behörden energischer gegen zwei Alkoholpanscher vorgegangen wären. Am vergangenen Dienstag begann vor dem Schwurgericht in Antalya der Prozess gegen Cengiz und Halil Emmez sowie elf weitere Angeklagte. Ihnen wird unter anderem Totschlag vorgeworfen. Die drei Lübecker waren gestorben, nachdem sie auf einer Klassenreise mit Methanol gepanschten Wodka getrunken hatten. Den Todes-Fusel sollen Cengiz und Halil Emmez, Ex-Inhaber der Getränkefirma Germiyan, an das Anatolia Beach Hotel im Badeort Kemer geliefert haben, wo die Schüler den Giftsprit kauften. Schon lange zuvor waren die Emmez-Brüder der Polizei als Alkoholpanscher bekannt. 2006 entdeckten türkische Fahnder zum ersten Mal bei ihnen schwarzgebrannten Schnaps. Zwar wurde schon damals ein Verfahren eingeleitet, doch ist es bis heute nicht zum Abschluss gekommen. Ein Jahr später war ein Bekannter aus dem Heimatdorf der Brüder gestorben, nachdem er Alkohol aus dem Firmenlager getrunken haben soll. 2008 fand die Polizei bei einer Razzia 488 Flaschen gepanschten Whisky und 248 Flaschen gepanschten Cognac. Cengiz und

SRI LANKA

„Goldene Chance“

GETTY IMAGES

Rajavarothiam Sampanthan, 77, Chef des größten Tamilen-Bündnisses, über die Erwartungen der Minderheit an den wiedergewählten Präsidenten Mahinda Rajapaksa

SPIEGEL: Die Wiederwahl von Präsident Mahinda Rajapaksa ist eine Niederlage für die Tamilen, die auf seinen Konkurrenten gesetzt hatten. Wie wird es der Minderheit unter dem neuen, alten Staatsoberhaupt ergehen?

Sampanthan: Ich bin nicht sehr optimistisch. In den vier Jahren seiner letzten Amtszeit hat Rajapaksa der tamilischen Minderheit viel versprochen, aber wenig gehalten. Er ist verantwortlich für viele Menschenrechtsverletzungen. Er hat den Aufstand der separatistischen Tamilentiger im vergangenen Jahr blutig niedergeschlagen. Dabei starben rund 10 000 Zivilisten, 280 000 wurden obdachlos.

SPIEGEL: Sein Gegenkandidat behauptet, Rajapaksa habe die Wahl manipuliert. Was ist dran an dem Vorwurf?

Sampanthan: Es gibt keinen Beweis dafür. Aber man muss bedenken: Rajapaksa hat sein Amt im Wahlkampf

REUTERS

Wahlsieger Rajapaksa

SEFA KARACAN / DPA

Opfer-Anwalt Brand vor dem Gericht in Antalya

Halil Emmez verloren ihre Alkoholllizenz. Doch bereits wenige Tage später liefen die Geschäfte munter weiter, die Brüder hatten ihre Firmenanteile auf ihre Ehefrauen übertragen. Dann, im Februar 2009, nur einen Monat vor dem Tod der Lübecker Schüler, erwischte die Polizei die Brüder, als sie aus einem Laster gepanschten Alkohol in den Keller eines Hotels entluden. Die Flaschen wurden beschlagnahmt, die Brüder aber freigelassen. „Völlig unverständlich“ findet der deutsche Anwalt Frank-Eckhard Brand, der die Angehörigen der Todesopfer vertritt, dass die beiden Verdächtigen so lange unbehelligt blieben. Er will nun zusätzlich prüfen, ob das kleine Anadolu-Hospital von Kemer geschlampt hat. Hier wurden die vergifteten Jugendlichen zuerst behandelt. Übereinstimmend sagen die überlebenden Schüler aus, sie seien vom Krankenhauspersonal in Kemer nicht ernst genommen worden. Man habe ihren Fall offenbar für das Ergebnis der unter Pauschaltouristen üblichen Besäufnisse gehalten. Ärzte des Krankenhauses behaupten, nur bei einem der Schüler Methanol im Blut gefunden zu haben. „Wenn das Krankenhaus rechtzeitig bei allen dreien eine Methanolvergiftung diagnostiziert hätte, hätten vielleicht mehr Schüler überlebt“, glaubt Rechtsanwalt Brand. Möglicherweise trifft auch den Lehrer Mitschuld am Tod seiner Schützlinge: 20 Stunden lang lag einer der Schüler in seinem Bett, bevor der Lehrer endlich nach ihm sah. Und dabei hatte es durchaus Indizien gegeben, dass etwas nicht stimmte mit der Gruppe: Auch Schüler, die wenig getrunken hatten, litten unter Übelkeit, Apathie und Erbrechen.

skrupellos ausgenutzt. Er ließ öffentliche Gelder, die staatlichen Medien und sogar Verkehrsmittel für sich und seine Partei einsetzen. Wähler wurden mit Alkohol bestochen und die Polizisten eingeschüchtert.

SPIEGEL: Was erwarten die Tamilen nach 26 Jahren Bürgerkrieg von der Regierung in Colombo?

Sampanthan: Der Krieg ging vor gut acht Monaten zu Ende, seitdem sind die Bedingungen in den Flüchtlingslagern nur noch schlimmer geworden. Zwar wurde rund 100 000 Lagerbewohnern gestattet, in ihre Heimatdörfer zurückzukehren. Doch das war ein rein wahltaktisches Manöver. Sie wurden einfach auf die Straße gesetzt. Wann werden ihre zerstörten Häuser und Betriebe wieder aufgebaut? Wir wollen Mitspracherecht in den Tamilengebieten, wahre Autonomie und das Recht, Entwicklungshilfe aus dem Ausland annehmen zu dürfen. Alles, was die Souveränität Sri Lankas betrifft – etwa die Häfen, Außenpolitik, Verteidigung –, das soll weiter in Colombo entschieden werden.

SPIEGEL: Und wenn Rajapaksa die Tamilen weiter enttäuscht? Gibt es dann wieder Krieg?

Sampanthan: Wir sind bereit, Rajapaksa etwas Zeit zu gönnen. Er hat eine goldene, nie wieder kommende Chance, den Frieden dauerhaft zu machen. Wenn Rajapaksa uns enttäuscht, wird es massive, landesweite Proteste geben. Aber ein neuer Tiger-Aufstand? Niemals. Wir Tamilen sind die Gewalt leid. Von nun an gehen wir den Weg von Mahatma Gandhi. Und wie er werden wir siegen.

UGANDA

Kehrtwende des Präsidenten

Präsident Yoweri Museveni beugt sich internationalem Druck und spricht sich gegen ein schärferes Schwulenrecht aus. Ugandische Parlamentarier hatten ein neues Gesetz auf den Weg gebracht, das vorsieht, Homosexuelle unter Umständen mit dem Tode zu bestrafen – Museveni hatte zunächst Zustimmung signalisiert. Jetzt aber sagte er auf einer Parteiveranstaltung: „Das ist ein Thema der internationalen Politik, und wir müssen es in einer Art und Weise behandeln, die unsere Prinzipien nicht verletzt, aber auch auf unsere internationalen Interessen Rücksicht nimmt.“ Der Präsident kann nach der ugandischen Verfassung Gesetzesbeschlüsse des Parlaments stoppen, und das hat Museveni offenbar vor. „Der kanadische Premier hat mich angesprochen, der britische Premier hat mich angesprochen, die US-Außenministerin hat mich angerufen, und über was wollten sie reden? Über Schwule!“ Geberländer wie die USA, Großbritannien oder Deutschland hatten gedroht, ihre Entwicklungshilfe einzustellen, sollte

STEPHEN WANDERA / AP

Demonstration in Kampala

Uganda tatsächlich die Todesstrafe für Schwule einführen. Schon jetzt steht auf Homosexualität bis zu 14 Jahre Gefängnis, aber viele Ugander befürworten sogar die Todesstrafe. Ein prominenter Prediger will am 17. Februar in Kampala eine Million Menschen zu einer Demonstration für den Gesetzesentwurf auf die Straße rufen. Allerdings würde ein Stopp der ausländischen Hilfen das Land empfindlich treffen. Rund ein Fünftel seines Staatsbudgets bekommt Uganda in Form von Entwicklungshilfe geschenkt.